

Demokratie und Vielfalt

Positionen und Ziele der Caritas in der Erzdiözese Freiburg

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg



Standortbestimmung
und Handlungsnotwendigkeiten



Herausgeber:

Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V.
Alois-Eckert-Str. 6
79111 Freiburg
www.dicvfreiburg.caritas.de

Redaktion:

Lena Burkhardt / Abteilung Soziale Dienste

Demokratie und Vielfalt

Positionen und Ziele der Caritas in der Erzdiözese Freiburg

Inhalt

I.	Auftrag von Kirche und ihrer Caritas in der Erzdiözese Freiburg	3
II.	Die demokratische Gesellschaft: Standortbestimmung – wo stehen wir?	5
	Grundgesetz: Orientierung + Freiheit = Vielfalt	5
	Grund(ge)setzliches – Warum wir die Demokratie brauchen	5
	(Politische) Teilhabe und Mitbestimmung – Grundbedürfnis der Menschen	5
	Die Welt im Wandel – Die demokratische Gesellschaft in der globalisierten und digitalen Lebenswelt	6
	Demokratie in Gefahr: Erstarken des Rechtspopulismus – Der Schrei nach Einfach	7
III.	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	8
	1. Demokratie und Vielfalt leben – soziale Gerechtigkeit einfordern	8
	2. Politische Beteiligung jetzt und für alle! – Aber wie?	9

Demokratie und Vielfalt

Positionen und Ziele der Caritas in der Erzdiözese Freiburg

I. Auftrag von Kirche und ihrer Caritas in der Erzdiözese Freiburg

Entsprechend dem christlichen Menschenbild sind die katholische Kirche und ihre Caritas in der Verantwortung, an dem Erhalt und der Förderung des **gesellschaftlichen Zusammenhalts** mitzuwirken, mit dem Ziel einer **sozial gerechten, friedlichen Welt** sowie einer **solidarischen, offenen Gesellschaft** (siehe Infokasten: Was heißt denn hier „offene Gesellschaft“?). In dem gemeinsamen Wort „Vertrauen in die Demokratie stärken“ der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland sind das demokratieorientierte Selbstverständnis und der daraus resultierende Auftrag der beiden Kirchen zugrunde gelegt:

„Als Kirchen bejahen wir die Demokratie aus einer tiefen, im christlichen Glauben begründeten Überzeugung. Das Evangelium und die Welt, in der wir leben, sind untrennbar miteinander verwoben – und zwar zuallererst durch Gott selbst, der in Jesus Christus Mensch geworden und der in diese Welt gekommen ist, um sie zum Heil zu führen. Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, beruft Menschen zur Freiheit.

Die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie mit ihrem unbedingten Respekt vor der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten bringt diesen Freiheitsimpuls des Evangeliums unter allen Staatsformen am deutlichsten zum Ausdruck. Im Einsatz für diese demokratische Ordnung wissen wir uns auch mit denjenigen Menschen verbunden, die unseren christlichen Glauben nicht teilen, aber aus anderen Quellen und Überzeugungen für die Demokratie eintreten.

Darin wird deutlich: Auch wenn die Kirchen kein eigenes politisches Programm verfolgen, so ist ihre Verkündung des Evangeliums deshalb doch alles andere als unpolitisch. Eine Besinnung auf die künftige Gestaltung demokratischer Politik muss für uns Kirchen mit einem kritischen Blick auf unsere eigene Geschichte verbunden sein: Als Kirchen haben wir den modernen Ideen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit lange Zeit skeptisch, teilweise sogar ablehnend gegenüberstanden. Gerade die deutsche Geschichte lehrt uns, dass wir auf fatale Weise gefehlt haben. In den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts erkennen wir: Die rechtsstaatliche Demokratie ist die beste Garantie für die Wahrung der Freiheit, der Würde und der Rechte jedes einzelnen Menschen.

Aus dieser Erkenntnis leiten wir die Pflicht ab, uns als Kirchen aktiv für die Demokratie einzusetzen und unser gesellschaftliches Handeln auf eine Stärkung der demokratischen Ordnung auszurichten. Wir fühlen uns den Menschen im Hier und Jetzt verpflichtet. Staatliche Regeln und Institutionen sind alleine noch nicht hinreichend, um den Fortbestand der Demokratie zu sichern. Eine lebendige Demokratie ist vielmehr darauf angewiesen, dass sie in eine politische Kultur und in gesellschaftliche Institutionen eingebettet ist.

Genau dies meinen wir, wenn wir von der Notwendigkeit einer „demokratischen Sittlichkeit“ sprechen. Als Kirchen nehmen wir teil am gesellschaftlichen Leben und tragen Mitverantwortung für die Bewahrung, Gestaltung und Förderung demokratischen Lebens.“¹

Dieses Selbstverständnis und den sich daraus ableitende Auftrag teilt und unterstützt die Caritas in der Erzdiözese Freiburg im Rahmen ihrer Aufgabe der politischen und sozialen Mitgestaltung der Gesellschaft in jedem Punkt. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bildet die Caritas in der Erzdiözese Freiburg Netzwerke mit allen relevanten Akteuren aus Kirche, Politik, Medien und der weiteren Öffentlichkeit, um Herausforderungen, soziale Schieflagen und Bedarfe von Individuen und Gruppen zu benennen. Sie wirkt an politischen Lösungen mit und hilft den Betroffenen bei der Bewältigung ihres Alltags. Auf diese Weise kann auch das Thema Solidarität der Menschen untereinander immer wieder aufgerufen und daran erinnert werden, dass Gesellschaft ein dauerhafter Prozess ist. Die Bereitschaft und Fähigkeit zur stetigen Veränderung und Weiterentwicklung ist die Basis der demokratischen Gesellschaft: sie passt sich aktuellen Bedingungen und Herausforderungen an und sucht nach zukunftsfähigen Lösungen. Im Sinne der Meinungsfreiheit werden so verschiedene Interessen vertreten, diskutiert und zu einer mehrheitlichen Einigung geführt.

Was heißt denn hier „offene Gesellschaft“?

Geprägt wurde der Begriff durch den österreichischen Philosophen *Sir Karl Popper* (1902-1994). Die offene Gesellschaft umschreibt ein Charakteristikum, das vielen Demokratien zugrunde gelegt worden ist: die Offenheit für immerwährende Veränderungsprozesse. Sie umfasst die Vorstellung, dass sich die Gesellschaft weiterentwickelt und durch stetigen Wandel gestaltet wird. Die Notwendigkeit für Veränderungen entsteht aus den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen (Meinungsfreiheit) und Beteiligungsprozessen heraus.

¹ Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz/Evangelische Kirche in Deutschland (Hrsg.): Vertrauen in die Demokratie stärken: ein gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bonn/Hannover 2019, S. 28 ff.

II. Die demokratische Gesellschaft: Standortbestimmung – wo stehen wir?

Grundgesetz: Orientierung + Freiheit = Vielfalt

Die Basis für unsere Gesellschaft bietet das Grundgesetz: Die Erfahrungen der faschistischen Diktatur und der beiden Weltkriege haben die darin begründete parlamentarische Demokratie hervorgebracht. Die im Grundgesetz formulierten Werte und Vereinbarungen zum Zusammenleben geben unserer Gesellschaft Richtung. Sie bieten durch Rechte und Pflichten zum einen eine Werteorientierung und zugleich umfassen sie Freiheiten für jede*n Einzelne*n. Daraus ergibt sich letztlich die Möglichkeit der Vielfalt von Lebensentwürfen. Es sind Errungenschaften, die es zu schützen, aufrechtzuerhalten und im Hinblick auf die Veränderungen der Moderne zugleich immer wieder prozesshaft weiterzuentwickeln gilt. Damit ist die Erneuerung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes das zentrale Moment (und eben nicht die nationale Abschottung und Abgrenzung) in Mitten einer globalisierten, eng vernetzten Welt. Dafür setzt sich die Caritas in der Erzdiözese im Rahmen ihrer Lobbyarbeit, sondern auch in der politischen und sozialen Mitgestaltung der Gesellschaft ein.

Grund(ge)setzliches – Warum wir die Demokratie brauchen

Erst die demokratische Gesellschaft mit ihren Beteiligungsstrukturen macht es möglich, dass sich vielfältige Lebensentwürfe entwickeln und in einem Miteinander existieren können. Damit dies gelingt, ist ein kontinuierlicher Aushandlungsprozess zwischen den Menschen und Gruppen mit ihren jeweiligen Perspektiven, Wünschen, Zielen und Lebensmodellen grundlegende Voraussetzung. Dieser immerwährende Prozess macht den Kern unserer demokratischen Gesellschaft aus und umschreibt dabei die Möglichkeiten und Gestaltungsräume der Menschen, die politische Beteiligung miteingeschlossen. Die Teilhabe an gesellschaftspolitischen Diskursen und die freie kritische Meinungsäußerung sind qua Grundgesetz jedem möglich – ein wichtiger Unterschied zu autoritären Systemen oder geschlossenen Gesellschaften, für die Diversität oder Vielfalt keine Optionen sind. Die Möglichkeiten politischer Beteiligung gehen dabei weit über die Wahrnehmung des Wahlrechts hinaus, sind facettenreich und auf sehr unterschiedlichen Ebenen des alltäglichen und beruflichen Lebens umsetzbar. Damit alle Menschen in der Gesellschaft – im Sinne der Chancengerechtigkeit – diese Möglichkeiten wahrnehmen können, müssen diese gelebt und stetig eingefordert werden.

(Politische) Teilhabe und Mitbestimmung – Grundbedürfnis der Menschen

Die Beteiligung an den für das eigene Leben relevanten Prozessen und Entscheidungen – sei es mit Blick auf die Gesellschaft als Ganzes, im Land, in der Kommune, Kirchengemeinde oder Familie – ist für jeden Menschen grundlegend. Hier manifestiert sich die Beziehung zu seinem persönlichen Umfeld und seiner Umwelt. Viele Menschen jeder Altersgruppe engagieren sich daher bereits politisch in Vereinen, Initiativen, Kirchengemeinden oder Parteien und treten dabei für gemeinsame Werte, Menschenrechte, Fairness,

Gemeinschaft, Vielfalt und Solidarität ein. Die Energie und das Engagement dieser Menschen bilden die Basis für die Wahrung und die stetige Erneuerung unserer Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Daher muss die politische Beteiligung innerhalb der Gesellschaft mit Blick auf die Zukunft weiter unterstützt und gefördert werden.

Die Welt im Wandel – Die demokratische Gesellschaft in der globalisierten und digitalen Lebenswelt

Unsere Welt ist durch das Voranschreiten der **Globalisierung** innerhalb der letzten Jahrzehnte in einer enormen Geschwindigkeit vernetzter und komplexer, zugleich vielfältiger geworden: weltweiter Austausch von Gütern und Wissen, rasante Weiterentwicklung technischer Errungenschaften zur Kommunikation, Zunahme von Mobilität und Migration. Letztere werden entweder in temporären Formen wie Tourismus sichtbar oder in langfristig angelegten grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen. Hier gibt es sehr unterschiedliche Formen und Auslöser, wie etwa die Flucht vor Verfolgung, Vertreibung, Hunger und Naturkatastrophen in vielen Teilen der Welt, aber auch andere Formen wie die EU-Arbeitsmarktmobilität oder Auslandsaufenthalte zum Zweck von Ausbildung und Studium. Die Grenzen zwischen diesen verschiedenen Formen sind zumeist fließend und sie führen in den Aufnahme- wie auch in den Herkunftsstaaten zu gesellschaftspolitischen Veränderungen und Herausforderungen.

Richten wir den Blick in diesem Zusammenhang von einer globalen oder europäischen auf die nationale Perspektive, dann wird deutlich: Diese Veränderungen und damit verbundene **Vielfalt** sind **fester Bestandteil unserer demokratisch organisierten Gesellschaft**. Sie bedeuten Bereicherung auf der einen, in vielerlei Hinsicht Herausforderung, Unwägbarkeiten, Ambiguität auf der anderen Seite. Dadurch ergeben sich wiederum aber auch Möglichkeiten und Chancen der gesellschaftlichen Weiterentwicklung und Gestaltung.

Das Anerkennen von Vielfalt macht notwendigerweise einen stetigen Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen Interessensgruppen in unserem Land zum festen Bestandteil des demokratischen Alltags. Dieser Prozess wird auch über nationale Grenzen hinaus geführt, zum Beispiel innerhalb der Europäischen Union, mit anderen Staaten oder weltweit agierenden Organisationen.

Zugleich befinden wir uns in einer sehr weitreichenden Umbruchphase zum **Zeitalter der Digitalisierung**. Dessen Auswirkungen auf unser Arbeits- und Alltagsleben können wir noch nicht abschätzen und werden uns noch über viele Jahre begleiten: Wie gehen wir als Gesellschaft, als Individuen mit den Vorzügen, aber auch mit den Risiken der Digitalisierung um?

Im Kern geht es aus Sicht der Caritas in der Erzdiözese Freiburg darum: **In welcher Gesellschaft wollen wir leben?** Wie gestalten wir unsere Zukunft innerhalb einer globalisierten und digitalisierten Welt? Und wie können möglichst viele Menschen an diesem Projekt teilhaben und diese Zukunft mitgestalten?

Demokratie in Gefahr: Erstarken des Rechtspopulismus – Der Schrei nach Einfach

Die politische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen, vor allem mit dem Thema Migration, hat sich deutlich verändert. Innerhalb weniger Jahre hat rechtspopulistisches Denken und Handeln großen Raum in unserer Gesellschaft eingenommen. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass sich die Partei „Alternative für Deutschland (AfD)“ zu einer festen Größe in den Landesparlamenten und im Bundestag etablieren konnte. Ähnliche Entwicklungen und Strömungen lassen sich in zunehmendem Maße in der EU und in Ländern auf der ganzen Welt beobachten. Mit Blick auf die AfD zeigen sich Verbindungen zu rechtspopulistischen bis rassistisch-völkischen Bewegungen wie Pegida oder der Identitären Bewegung. Wenn der Einfluss dieser Formen von Rechtspopulismus in den Parlamenten wächst, können diese das demokratische System in Gefahr bringen (siehe Infokasten: Was ist Rechtspopulismus?).

Was ist Rechtspopulismus?

Unter diesem Begriff werden politische Bestrebungen zusammengefasst, die *„(a) negative Stimmungen (in) der Bevölkerung aufgreifen, verstärken oder sogar zuallererst entfachen – mit dem Ziel, die Wirkmacht solcher Stimmungen für die Durchsetzung der eigenen politischen Agenden zu instrumentalisieren; (b) andere Menschengruppe abwerten, (c) zu autoritären Führungsstilen und Konfliktlösungen neigen (d) gesellschaftliche Homogenisierungen fördern (Abwehr alles Fremden) (e) ein tiefes Misstrauen in demokratische Institutionen und Verfahren pflegen („Ihr, die politischen Eliten, da oben“, „Wir, das Volk, hier unten“)²*

In Gemeinde- und Stadträten, in vielen Landtagen und im Bundestag hat der Einzug der AfD über eine relativ kurze Zeitspanne bereits deutliche Spuren hinterlassen. Die von der AfD und anderen rechtspopulistischen Bewegungen eingesetzten Grenzüberschreitungen des bis dato Sag- und Machbaren (z.B. Äußerungen bzgl. der nationalsozialistischen Geschichte Deutschlands) stellen die bisherigen Parteien und große Teile der Gesellschaft vor enorme Herausforderungen.

Die AfD erfährt eine große mediale Aufmerksamkeit. Thematisch bewegen sich die Aussagen häufig im Bereich rassistischer, menschenfeindlicher Äußerungen, welche die Angst vor „dem Fremden“ schüren.

Der Kern dessen ist die Vorstellung, dass Menschen unterschiedliche Wertigkeiten haben, also nicht gleich sind. Dies widerspricht dem **Prinzip der Fundamentalgleichheit**, verankert

² Lob-Hüdepohl, Andreas: Bedeutung der Kirchengemeinden zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten politischer Radikalisierungstendenzen. Anmerkungen aus theologisch-ethischer Perspektive. Thesen Klausurtagung Arbeitsstab „Flüchtlingsfragen“ der DBK, 2016.

in europäischen und internationalen Menschenrechtsabkommen, wie bspw. in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,³ in denen allen Menschen die gleichen Rechte zugesprochen werden.

III. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Die moderne Welt prägt das Leben der Menschen durch ihre rasanten und tiefgreifenden Veränderungsprozesse – Globalisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel und soziale Ungleichheit bestimmen den Alltag der Menschen in je unterschiedlicher Intensität. Die alltägliche Konfrontation mit diesen globalen wie nationalen Entwicklungsprozessen verursacht in Teilen der Gesellschaft Verunsicherung oder löst Befürchtungen aus.

Dies beeinflusst auch deren politisches Denken und Handeln. Die Folgen dessen können sich in weitreichenden Abgrenzungstendenzen niederschlagen. Damit einher gehen etwa die Abkehr von der offenen Gesellschaft, dem politischen System sowie auch Rassismus und Angst vor Überfremdung. Diese Entwicklung kann sich in der politischen Ausrichtung von Individuen verstärkt im Befürworten von Rechtspopulismus manifestieren. Die Folge eines weiteren politischen Erstarkens von Rechtspopulismus in Parlamenten kann letztlich das demokratische System in Gefahr bringen.

Die zentrale Frage ist aus Sicht der Caritas in der Erzdiözese Freiburg demnach: Wie können Tendenzen der Abkehr (wieder) in ein Zuwenden zu Demokratie und Vielfalt entwickelt werden?

Folgende Positionen und Handlungsnotwendigkeiten ergeben sich für die Caritas in der Erzdiözese Freiburg auf Grundlage der in diesem Papier beschriebenen Standortbestimmung:

1. Demokratie und Vielfalt leben – soziale Gerechtigkeit einfordern

- Die Caritas in der Erzdiözese Freiburg setzt sich entschlossen für den **Erhalt von Vielfalt und Demokratie sowie für die Erneuerung einer offenen Diskussionskultur** in unserem Land ein. Die Bereitschaft und Fähigkeit zur stetigen Veränderung und Weiterentwicklung ist die Basis der demokratischen Gesellschaft: sie passt sich aktuellen Bedingungen und Herausforderungen an und sucht nach zukunftsfähigen Lösungen. Im Sinne der Meinungsfreiheit werden so verschiedene Interessen vertreten, diskutiert und zu mehrheitlichen Einigungen geführt.
- Die Caritas tritt **entschlossen, öffentlich und konsequent** jeder Bestrebung entgegen, die das Ziel einer sozial gerechten, solidarischen Gesellschaft in seinen

³ Die rechtliche Verankerung der Menschenrechte in Deutschland findet sich in Art. 1 Abs. 2 GG: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Grundfesten bedroht und ein faktisches Ende der Demokratie sowie der offenen Gesellschaft zum Ziel hat. Eine solche Bestrebung ist ganz deutlich **abzugrenzen und zu unterscheiden von den spezifischen Sorgen, Existenzängsten und Ausgrenzungsgefühlen der Menschen** in unserer Gesellschaft.

- Der Caritas ist wichtig, an dem gesamtgesellschaftlichen **Ziel sozialer Gerechtigkeit** im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe und Chancengerechtigkeit festzuhalten. Dazu müssen **Formen, Ursachen und Folgen von sozialer Benachteiligung, Armut und Ausgrenzung benannt und abgeschafft** werden. Die Bedarfe der Menschen – insbesondere der gesellschaftlich benachteiligten Menschen – müssen in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen berücksichtigt und ihre Lebensbedingungen verbessert werden.

2. Politische Beteiligung jetzt und für alle! – Aber wie?

- Aus Sicht der Caritas in der Erzdiözese Freiburg sind die Gestaltung von **politischen Beteiligungsprozessen** und die Bearbeitung aktueller gesellschaftlicher Fragestellungen im Rahmen einer **offenen Diskussionskultur** von enormer Bedeutung, um die mittlerweile in sehr divergierende Lager geteilte Gesellschaft wieder zu einem miteinander geführten Diskussionsprozess zu bewegen. Nur im ständigen Dialog und unter Berücksichtigung aller Bedürfnisse können gemeinsame und divergierende Interessen herausgefiltert und diskutiert werden.
- Auf Grundlage der in diesem Papier beschriebenen Chancen und Herausforderungen unserer Zeit ist es aus Sicht der Caritas notwendig, die **politischen Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und gerecht** zu gestalten. Politische Vertreter*innen auf allen Ebenen sind gefordert, an sozial gerechten Lösungen mitzuarbeiten und die verschiedenen Interessengruppen in diesem Prozess zu beteiligen. Grundlegend dafür ist eine **Chancengerechtigkeit mit Blick auf (Aus-)Bildung und politische Teilhabe**, sodass die Menschen auch die entsprechenden Möglichkeiten haben, sich an politischen Entscheidungsprozessen (auch außerhalb von Wahlen) aktiv zu beteiligen.
- Folgende **Fragestellungen** sind zu klären: Wie können die Menschen in ihrer politischen Beteiligung unterstützt werden? Wie kann eine bessere Kommunikation und Transparenz zwischen politischen Vertreter*innen auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene und den verschiedenen Interessengruppen in der Gesellschaft gelingen? Können hier noch bessere Methoden, zum Beispiel digitale Werkzeuge, bei der politischen Teilhabe unterstützen? Wie können Informationen bedarfsorientiert aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Freiburg, im September 2020